



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Dienstag, 10. Dezember 2013

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 12. Dezember 2013

An Herrn an Stadtrat Mag (FH) Mario Eustacchio

Betrifft: Errichtung eines Geh- und Radweges entlang der Wetzelsdorfer Straße

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

Die Verkehrssituation entlang der Wetzelsdorfer Straße, zwischen der Alten Poststraße bis zur Straßganger Straße, wird aufgrund des sehr stark zunehmenden Individual- und Schwerverkehrs ob des fehlenden Geh- und Radweges für die BürgerInnen immer bedrohlicher. Eine eigens gegründete Bürgerinitiative tritt für den raschen Bau eines Geh- und Radweges ein und hat zuletzt auch mittels Protestveranstaltungen vor Ort die Öffentlichkeit darauf aufmerksam gemacht. Auch mehrere Berichterstattungen in den Medien befassten sich mit der bedrohlichen Verkehrssituation in der Wetzelsdorfer Straße.

In der letzten Gemeinderatssitzung im November 2013 versprochen Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, dem Gemeinderat, sich des Problems rasch annehmen zu wollen und auf eine Umsetzung der dringend notwendigen Baumaßnahmen zu drängen.

Ich stelle deshalb aufgrund der Dringlichkeit des Problems im Namen des KPÖ Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Welche Informationen können Sie dem Grazer Gemeinderat und den betroffenen BürgerInnen zum aktuellen Stand der Planungen bzw. zum zeitlichen Rahmen der einzelnen Umsetzungsschritte hinsichtlich des Geh- und Radweges entlang der Wetzelsdorfer Straße übermitteln?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Dienstag, 10. Dezember 2013

Fragestunde für die Gemeinderatssitzung am 12. Dezember 2012

An Herrn Stadtrat Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard Rüsich

Betrifft: Finanzgeschäfte der Stadt Graz mit der Bank Austria

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

In der Wochenzeitschrift „news“ Nr. 49/2013 erschien unter dem Titel „Bad Bank“ ein durchaus interessanter Artikel. Dem Autor des Artikels liegen Datensätze aus vier Jahren von 5000 Kunden der Bank Austria vor. Daraus ist zu entnehmen, dass die Kunden riskante Geschäfte mit der Treasury-Abteilung der Bank abgeschlossen haben, z. T. mit Gewinn, z. T. aber eben auch mit deutlichen Verlusten ausgestiegen sind. Die Bank hingegen war immer Gewinner dabei.

Interessant ist dabei nun, dass neben zahlreichen privaten Großinvestoren auch mehrere öffentliche Körperschaften, Unternehmungen sowie Städte und Gemeinden, darunter auch die Landeshauptstadt Graz, zu den Geschäftspartnern der Treasury-Abteilung der Bank Austria gehörten bzw. gehören.

Viele Kunden haben – laut news – massiv Geld verloren. Diese Geschädigten prozessieren teilweise um ihr Geld, teilweise wurden auch „Kulanzangebote“ der Bank angenommen.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Frage:

Welcher Art hinsichtlich Modell, Höhe, Zeitraum, Höhe des Gewinns bzw. Verlusts waren die riskanten Finanzgeschäfte der Stadt Graz mit der Bank Austria?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Mag.^a Uli Taberhofer

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Nachfrage zur Beantwortung des Antrags „Ausweitung des Angebotes SeniorInnenschwimmen auf weitere Schwimmbäder innerhalb der Stadt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Mag. Siegfried Nagl!

In der mit 16. Oktober 2013 datierten Beantwortung meines Antrags Nr. 188/2013 vom 25. 9. d. J. „Ausweitung des Angebotes SeniorInnenschwimmen auf weitere Schwimmbäder innerhalb der Stadt“ teilten Sie mir mit, dass laut Auskunft der Holding Graz Freizeit eine Erweiterung des Angebotes SeniorInnenschwimmen bezogen auf das Auster-Sportbad aufgrund der starken Belegung durch unterschiedliche NutzerInnen nicht möglich ist, jedoch „eine Ausweitung des Senioren-Angebotes im Bad zur Sonne“ aus Sicht der Holding Graz Freizeit „jederzeit vorstellbar ist“. Diese Rückmeldung nahmen wir zum Anlass, um nachzufragen, wie diese Formulierung zu interpretieren ist. Der Verantwortliche Geschäftsführer, Herr Dr. Michael Krainer, teilte daraufhin mit, dass seitens der Stadt Graz zusätzliche finanzielle Mittel dafür aufgewendet werden müssten.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, nochmals an die verantwortlichen Stellen bei der Holding Graz Freizeit mit dem Anliegen zur Erweiterung des Angebotes SeniorInnenschwimmen im Bad zur Sonne heranzutreten und zu veranlassen, dass die Finanzierung innerhalb des Hauses Graz sichergestellt wird?



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin DI Christine Braunersreuther

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Antrag

Betrifft: Milchautomaten

Wer eine Familie hat, kennt die Situation: Meist mehrmals in der Woche muss Milch nachgekauft werden. Viele GrazerInnen greifen bei der Auswahl dabei zu regionalen Produkten, um sich der Frische und Qualität sicher zu sein und lange Lieferwege zu vermeiden. Dennoch wird auch diese Milch in Tetrapaks verkauft, die, sofern sie getrennt gesammelt werden, zwar recycelt werden können, viel zu oft aber im Müll landen.

Dies könnte vermieden werden, wenn sich die VerbraucherInnen die Milch mit eigenen Behältnissen aus einem Automaten zapfen würden. In Graz gibt es bisher jedoch lediglich zwei dieser Automaten, beide sogar an recht wenig frequentierten Orten. Würde die Stadt Graz an insbesondere von Familien viel frequentierten Orten wie an Spielplätzen oder vor Schulen kostenlos Plätze zur Verfügung stellen, dann würden sicherlich viele Familien dieses Angebot nutzen. Sie müssten nicht extra einen Weg machen, sparen Geld (da die Milch im Automaten etwas günstiger ist als im Supermarkt) und kaufen ein regionales, frisches Produkt, dessen ProduzentIn damit direkt unterstützt wird.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

Antrag

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden aufgefordert zu prüfen, an welchen von Familien viel frequentierten Orten den Aufstellern von Milchautomaten kostenlos Plätze zur Verfügung gestellt werden können und wie dies mit einer Kampagne bei Bauern aus der Region bekannt gemacht werden kann. Zudem soll eine Förderung der Aufsteller/innen in Erwägung gezogen werden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Antrag

Betrifft: Bessere Ausleuchtung der Fahrpläne

Gerade in den aktuellen Wintermonaten schwindet das Tageslicht sehr früh. Viele Fahrpläne an den Haltestellen der Holding Graz Linien sind daher schon am späten Nachmittag schwer oder gar nicht mehr lesbar. Dass sämtliche Anzeigetafeln mit einer Lichtquelle ausgestattet werden, kann nicht erwartet werden, aber bei jenen in den Wartehäuschen wäre es wünschenswert, dass sie besser beleuchtet werden oder zumindest von der Beleuchtung der Werbewände profitieren.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

Antrag

Die Stadt Graz ersucht die betreffenden Stellen mögen im Sinne des Motiventextes Maßnahmen zu treffen, die die bessere Ausleuchtung der Fahrpläne an den Haltestellen der Holding Graz Linien gewährleisten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118
Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153
Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159
E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Antrag

Betrifft: Bessere Kennzeichnung der Straßenbahnen

Viele Straßenbahnen in Graz lassen eine klare Linienbezeichnung an ihrer Längsseite vermissen. Das führt häufig zu Verwechslungen, Hektik und Ärgernissen bei den Fahrgästen. Eine deutlichere Kennzeichnung wäre zu begrüßen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

Antrag

Die Stadt Graz ersucht die Holding Graz Linien, ihre Straßenbahnen längsseitig mit deutlicheren Linienbezeichnungen auszustatten.



KPÖ-Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118
Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153
Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159
E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Antrag

Betrifft: Verdoppelung der Bezirksratsbudgets

Seit fast drei Jahren wurden die Bezirksratsbudgets nicht mehr erhöht. Gerade einmal 70 Cent pro Bezirksbewohner/in laut Zentralem Melderegister (ZMR) und Jahr wendet die Stadt Graz derzeit dafür auf. Für das Jahr 2013 ergibt das in Summe den Betrag von € 185.045,70.

Demokratisch und unbürokratisch vergeben die Vertretungen der 17 Grazer Stadtbezirke Förderungen an Projekte, die in den einzelnen Stadtteilen Wichtiges leisten. Darum wäre es notwendig, sie auch mit den nötigen finanziellen Mitteln auszustatten. Gerade vor Ort weiß man ja, wo der Schuh drückt.

Eine Verdoppelung des Bezirksbudgets durch die Stadt Graz von 70 Cent auf € 1,40 pro Einwohner/in und Jahr würde rund € 185.000,- ausmachen. Im Mai dieses Jahres wurde eine Erhöhung der Parteienförderung von € 963.900,- im Jahr 2012 um € 1.344.400,- auf € 2.308.300,- beschlossen. Die zusätzlichen Kosten für die Erhöhung der Bezirksbudgets sollen durch eine aliquote Reduzierung der auf die einzelnen im Grazer Gemeinderat vertretenen Parteien entfallenden Parteienförderungsgelder aufgebracht werden. Aus aktueller Sicht würde eine solche Bedeckung die Parteienförderung um lediglich 8 % verringern.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag

Der im Motivenbericht genannte Vorschlag wird aufgegriffen und bei den Planungen für das Budget 2015 berücksichtigt. Sollte die Parteienförderung im Jahr 2015 jedoch wieder auf das Niveau von 2012 gesenkt werden, ist dieser Antrag als gegenstandslos zu betrachten.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Antrag

Betrifft: Instandhaltung des Gedenksteins für die jüdischen Frontkämpfer

Wie bei der Gedenkveranstaltung kurz vor Allerheiligen am Israelitischen Friedhof zu erkennen war, ist die Stätte der Erinnerung an die jüdischen Frontkämpfer in einem sehr bedauerlichen Zustand. Es stünde der Stadt Graz gut an, für die Pflege dieses Bereichs in Zukunft zu sorgen. Ziel sollte sein, dass auch an den wenigen Tagen, an denen der Israelitische Friedhof besucht werden kann, besagter Gedenkstein und sein Umfeld in würdigem Zustand vorzufinden ist.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

Antrag

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, den Gedenkstein und sein Umfeld für die jüdischen Frontkämpfer zu restaurieren.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Antrag

Betrifft: Aufstellen erforderlicher Mistkübel in Richtung Obere Platte (Mariatrost)

Die Obere Platte im Bezirk Mariatrost ist ein beliebtes Ausflugsziel bei Alt und Jung. Was vielen Spaziergänger/innen aber nicht gefällt, ist die fehlende Ausstattung mit Mistkübeln auf den Zugangswegen dorthin. So werden Abfälle eben rasch, aber äußerst unpassend, in der Natur entsorgt.

Statt teure Plakatkampagnen durchzuführen (wie sie vor nicht langer Zeit in ganz Graz zu sehen waren), sollte eher darangegangen werden, die Abfallentsorgung durch Mistkübel in besagtem Bereich zu ermöglichen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

Antrag

Die Stadt Graz ersucht die Holding Graz Services um die Installierung von Mistkübeln in Bereich, der im Motivenbericht geschildert wurde.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118
Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153
Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159
E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Antrag

Betrifft: Taktverdichtung der Linie 1 zwischen 5 und 6 Uhr

Wie in der letzten Bezirksversammlung von Mariatrost mehrmals zu hören war, sind die BewohnerInnen des Bezirks über die Anbindung durch den öffentlichen Verkehr vor allem in den Morgenstunden nicht besonders zufrieden. So wurde kritisiert, dass die Straßenbahnlinie 1 zwischen 5 und 6 Uhr morgens nur drei Mal fährt. Eine Verdichtung in dieser Zeit würde für viele arbeitende Menschen – etwa in den Spitälern – Erleichterung bringen.

Daher stelle ich namens der KPÖ-Fraktion folgenden:

Antrag

Die Stadt Graz ersucht die Holding Graz Linien um die Erhöhung der Straßenbahnfrequenz der Linie 1 zwischen 5 und 6 Uhr früh.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Antrag

Betrifft: Jakominiplatz – Grünraum- und Erholungskonzept!

Bei der Neugestaltung des täglich von bis zu 80.000 Personen frequentierten Jakominiplatzes im Jahre 1996/97 sind leider viele Fehler passiert, die erst nach Fertigstellung der Umbauarbeiten zum Vorschein kamen. Eine fehlerhafte Planung gab es insbesondere bezüglich Baumpflanzungen und Erholungsmöglichkeiten. Zu kleine Baumscheiben und nicht ausreichend unterirdischer Platz für den Wurzelraum machen den Bäumen schon seit der Umgestaltung des Platzes schwer zu schaffen. An vielen Standorten sind seither die Bäume schon abgestorben. Viele Neupflanzungen waren notwendig, die sicher auch schon sehr viel Geld gekostet haben.

Aber auch jetzt – 17 Jahre nach der Umgestaltung – können sich die Bäume noch immer nicht wirklich entwickeln. Bäume, die bereits im Juli oder August die Blätter verlieren, abgestorbene Bäume und Baumstümpfe prägen das traurige Bild des Jakominiplatzes. Schon seit Jahren ist der Jakominiplatz ein regelrechter Baumfriedhof.

Auch gibt es sehr wenige Plätze zum Wohlfühlen.

Besonders schlimm ist das Warten auf die Straßenbahn und den Autobus in den Sommermonaten, wenn die Hitze der Stadt besonders drückt! Deshalb gibt es schon seit Jahren den vielfachen Wunsch der BürgerInnen, rund um das Rondeau einige zusätzliche Bäume zu pflanzen und weitere Sitzgelegenheiten zu schaffen. Dieser Wunsch wurde bisher immer mit dem Argument abgetan, erst den derzeitigen Baumbestand nachhaltig zu sichern und dann erst über Zusatzpflanzungen nachzudenken.

Ich denke, es ist nun jedoch höchst an der Zeit, ein Gesamtsanierungskonzept für die Bäume, aber auch für weitere Erholungsmöglichkeiten am Jakominiplatz auszuarbeiten. So wäre beispielsweise an einigen Punkten eine Bepflanzung der Baumscheiben mit Bodendeckern möglich, und auch der Einsatz von Rundbänken um die Bäume herum wäre denkbar.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der zuständige politische Referent werden ersucht zu prüfen, wie ein Grünraum- und Erholungsgesamtkonzept für den Jakominiplatz entsprechend dem vorstehenden Motivenbericht rasch erstellt und umgesetzt werden kann.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Christian Sikora

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Antrag

Betrifft: Verkehrsberuhigungsmaßnahmen – Theodor-Storm-Straße

Die Theodor-Storm-Straße, zwischen der St. Peter Hauptstraße und dem Neufeldweg gelegen, mutiert immer mehr zur Durchzugsstraße mit immer größer werdender, bedrohlicher Verkehrssituation. Immer mehr VerkehrsteilnehmerInnen verwenden die Route über die Theodor-Storm-Straße als Schleichweg zur St. Peter Hauptstraße in Richtung Mur- und angrenzenden Gewerbepark. Besonders die Zunahme des LKW-Verkehrs, der über die Route durch die engen Straßen zum angrenzenden Gewerbepark, wie z. B. Temmel Logistic, International Logistik Gateway, Johnson Control und Styria sowie auch in Richtung Murpark zufährt, verschärft die Situation zusätzlich.

Diese überaus stark zunehmende Verkehrsfrequenz entlang der Theodor-Storm-Straße hat zur Folge, dass die Lebensqualität für die BürgerInnen drastisch zurückgegangen ist. Zahlreiche motorisierte VerkehrsteilnehmerInnen ignorieren darüber hinaus tagtäglich die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 30 km/h. Dadurch entstehen auch potentielle Gefahren für die vielen SchülerInnen, deren täglicher Schulweg durch die Theodor-Storm-Straße führt.

Mehrere BürgerInnen des betroffenen Gebietes fordern nun als wirksame Verkehrsmaßnahme die Sperre der Theodor-Storm-Straße für den LKW-Verkehr oder zumindest die Errichtung von wirksamen Tempobremsen in Form von Bodenschwellen, Pollern oder auch schweren Blumenkisten. Damit würde nicht nur der Schwerverkehr eingebremst werden, auch der restliche Individualverkehr würde sich aufgrund der Tempobremsen den Schleichweg über die Theodor-Storm-Straße überlegen.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag:

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Verkehrsreferent werden ersucht zu prüfen, in welcher Form die Umsetzung der im Motivenbericht vorgeschlagenen Verkehrsberuhigungsmaßnahmen zum Wohle der BürgerInnen in diesem vom Individual- und Schwerverkehr extrem belasteten Gebiet rasch umgesetzt werden kann. Nach erfolgter Prüfung soll eine rasche Realisierung der infrage kommenden Maßnahmen stattfinden.



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus

Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150

+ 43 (0) 316 – 872 2151

+ 43 (0) 316 – 872 2152

+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderat Manfred Eber

Donnerstag, 12. Dezember 2013

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Betrifft: Resolution für den sozialen Wohnbau in Europa

In mehreren Urteilen hat die EU-Wettbewerbsbehörde aufgrund von Investorenklagen gegen Staaten wie Schweden, Frankreich und die Niederlande entschieden. Durch die Vergabe von Wohnbaubehilfen bestehe ein Wettbewerbsvorteil für öffentlichkeitsnahe Unternehmen. Die EU verlangte daraufhin eine Senkung der Einkommensgrenzen für geförderte Wohnungen.

Diese Vorgehensweise ist nicht nachvollziehbar, zumal Wohnbaupolitik in der EU Sache der Länder ist. Deshalb haben sich mittlerweile 27 europäische Städte – unter ihnen Wien, Berlin, Paris, Amsterdam und Barcelona – dazu entschlossen, eine Resolution an die Europäische Kommission zu richten, um sich gegen die Einmischung der EU in die Wohnbaupolitik der Nationalstaaten zur Wehr zu setzen.

Die Resolution in Wortlaut:

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Städte

Amsterdam, Barcelona, Berlin, Bratislava, Brüssel, Budapest, Bukarest, Den Haag, Dublin, Frankfurt, Hamburg, Kopenhagen, Krakau, Leipzig, Ljubljana, Mailand, München, Nantes, Paris, Prag, Riga, Tallinn, Turin, Vilnius, Warschau, Wien und Zagreb treten ein für die Erhaltung und den Ausbau eines sozialen und nachhaltigen Wohnbaus in Europa!

Die Vielfalt Europas und seiner Gemeinden, Städte und Regionen ist eine Stärke und macht die besondere Qualität des europäischen Wohlfahrtsmodells aus. Es gibt verschiedene Ansätze und Wege, um Wachstum und Beschäftigung im Sinne einer sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit zu erzielen. Diese Vielfalt leben wir auch in unseren Städten, in denen wir mit innovativen und integrativen Politiken an der Zukunft unserer Bevölkerungen arbeiten.

Eine Grundvoraussetzung für die Entwicklung von Chancen und Talenten ist eine sichere und preisangemessene Wohnversorgung. Qualitätsvolles und leistbares Wohnen für alle Menschen zu garantieren, ist Aufgabe sozialer Politik. Dies gilt für die Kommunen, die Regionen und die Mitgliedstaaten.

Gerade als Verantwortliche der Städte ist uns die Bedeutung einer sozial orientierten Stadtentwicklung bewusst. Die Vielfalt der Modelle des sozialen, genossenschaftlichen und öffentlichen Wohnbaus, die oft weit über die reine Wohnversorgung hinausgehen und wichtige soziale Infrastrukturen beinhalten, muss weiterhin für unsere Bevölkerungen gewährleistet werden können.

Geförderter Wohnbau muss daher für breite Schichten der Bevölkerung weiterhin zugänglich sein. Eine Einengung auf ausschließlich einkommensschwache Gruppen wird abgelehnt, da sie zu sozialer Segregation führen würde. Uns ist auch die Bedeutung der Wohnungswirtschaft, insbesondere der sozialen Wohnungspolitik, für die Realwirtschaft bewusst. Gerade in Zeiten der Krise kann diese ein wichtiger Konjunkturmotor sein.

Die Europäische Union mit all ihren Akteurinnen und Akteure hat daher die Zuständigkeit der erwähnten Ebenen zu respektieren. Denn für die EU-Mitgliedstaaten und ihre Gebietskörperschaften ist es unabdingbar, die Kriterien für den sozialen Wohnbau im Sinne des Subsidiaritätsprinzips selbst festlegen zu können. Nur so kann auf lokale Bedingungen und Erfordernisse reagiert werden. Die Entwicklung in einigen europäischen Ländern zeigt, dass eine restriktive Festlegung von Zugangskriterien zum geförderten Wohnbau die Wohnraumversorgung für bestimmte Bevölkerungsgruppen bedroht.

Wir fordern daher die Europäische Kommission auf, die Definition des sozialen Wohnbaus sowie die Entscheidung über die Form der Bereitstellung den Mitgliedstaaten und ihren Gebietskörperschaften zu überlassen.

Hier wissen wir uns mit wichtigen Stakeholdern, wie CECODHAS Housing Europe, dem europäischen Verband des öffentlichen, genossenschaftlichen und sozialen Wohnbaus, und IUT, der internationalen Mieterallianz, im Einklang.

Weiters begrüßen wir grundsätzlich die Befreiung von der beihilfenrechtlichen Notifizierungspflicht für den sozialen Wohnbau durch das sogenannte „Almunia Paket“.

Als Bürgermeisterinnen und Bürgermeister europäischer Städte fordern wir ebenso die Aufhebung der im Freistellungsbeschluss vorgenommenen Einengung auf „benachteiligte Bürger und sozial schwächere Bevölkerungsgruppen“.

*Eberhard Van der Laan/Amsterdam
Xavier Trias/Barcelona
Klaus Wowereit/Berlin
Univ. Doz. Dr. Milan Ftáčnik/Bratislava
Freddy Thielemans/Brüssel
DI István Tarlós/Budapest
Prof. Dr. Sorin Oprescu/Bukarest
Jozias Johannes van Aartsen/Den Haag
Oisín Quinn/Dublin
Peter Feldmann/Frankfurt
Olaf Scholz/Hamburg
Frank Jensen/Kopenhagen
Univ. Prof. Jacek Majchrowski/Krakau
Burkhard Jung/Leipzig*

*Zoran Jankovic/Ljubljana
Giuliano Pisapia/Mailand
Christian Ude/München
Patrick Rimbart/Nantes
Bertrand Delanoë/Paris
Tomas Hudecek/Prag
Nils Usakovs/Riga
Edgar Savisaar/Tallinn
Piero Fassino/Turin
Arturas Zuokas/Vilnius
Dr. Michael Häupl/Wien
Hanna Gronkiewicz-Waltz/Warschau
Milan Bandić/Zagreb*

Der bewährte geförderte Wohnbau, wie es ihn bisher in Österreich gegeben hat, darf nicht durch EU-Vorgaben ausgehebelt werden. Er muss auch Personen mit Durchschnittseinkommen zur Verfügung stehen.

Die Förderpraxis im Wohnbau soll weiterhin Ländersache bleiben.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gem. § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Gemeinderat der Stadt Graz beschließt, sich vollinhaltlich der Resolution der 27 europäischen Städte anzuschließen.